Nr. 299. Morgenausgabe. Erstes Blatt. Sonntag, 29. Juni 1919

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 6,90 Mk., frei Haus 8,— Mk.; monatlich 2,30 Mk., frei Haus 2,70 Mk. — Bei der Post: Vierteljährl. 8,10 Mk., monatl. 2,70 Mk. (ohne Bestellg.).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 3,20 Mk., vierteljährlich 9,60 Mk.

Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.

Gründungsjahr der Hartungschen Druckerei (weiland Reußner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegengenommen. Preis für die einspaltige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.

Postscheck-Nummer: 141, Königsberg.

Berliner Schriftleitung: Berlin. W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lützow 6202/3.)

Friedensunterschrift in Versailles: vollzogen.

Zu den Unruhen und Streiks. — Magdeburger Plünderungen. — Breslauer Belagerungszustand.

Gegen den Ostkrieg: Generäle Estorf und Quast. — Königsberger Polizeipräsident Lübbring? — Riga von estnischen Truppen bedroht.

Die zweite Revolution.

Jeder große Streik ist jetzt schon für sich allein genommen ein schweres Unglück, ein wirtschaftlicher Bürgerkrieg. Noch schlimmer wird der Fall, weil sich die politische Umsturzbewegung, die von der äußersten Linken unablässig angestrebt wird, der Ausstände bedient, um in ihrem Gefolge immer aufs neue heillose Unruhen anzustiften. Die Unabhängige Sozialdemokratie ergreift sofort die jedesmalige Gelegenheit und schürt die Mißstimmung in den vom Streik befallenen Arbeiterkreisen heftig an, so daß jeder Widerstand der Regierung gegen unerfüllbare Forderungen und jeder Mißerfolg der Streikenden politisch ausgenützt wird zu Aufruhrgelüsten gegen die jetzige Ordnung. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu dem bestehenden deutschen Volksstaat wird mit aller Absicht untergraben, und in der „Räteregierung" spiegelt man den Arbeitern das Zukunftsglück vor. Zu den Unabhängigen gesellen sich dann schleunigst die Kommunisten und Spartakisten, und hinter diesen macht sich zum Schluß der Abschaum breit, die völlige Auflösung aller Gesetzlichkeit und ein jedes politischen Gedankens lediges verbrecherisches Treiben.

Diese Zusammenhänge haben sich in Hamburg wieder so deutlich offenbart, daß man sie mit Händen greifen kann. Die Lebensmittelunruhen in Berlin, Frankfurt a. O. und Landsberg a. W. zeigen gleichfalls, wie die Plünderungsgedanken aus dem Bodensatz der Lebensmittelteuerung aufsteigen, und wie sich ihrer der politische Umsturz bemächtigt. Wenn es den neuen Regierungsmaßnahmen gelingt, mit dem Aufwand großer Geldmittel die Lebensmittelpreise zu erniedrigen, so wird vielleicht eine gewisse Beruhigung eintreten. Aber solange die politische Hetze andauert, werden sich immer wieder unzufriedene Volksmengen zusammenrotten, um auch die etwa verbilligtere Ware gewaltsam und widerrechtlich und ohne Bezahlung sich anzueignen. Daß beispielsweise in Berlin die Phantasiepreise für Frühobst aufreizend wirkten, kann man verstehen, weil eben der sonstige Markt immer noch zu knapp beschickt ist. In Friedenszeiten hat die Bevölkerung sich um närrische Preise für verfrühte Leckerbissen, die auch damals schon verlangt wurden, nicht sonderlich bekümmert. Sie überließ den Kauf denen, die es sich leisten konnten, nicht bis zur reichlicheren Ernte zu warten. Wer durchaus die ersten Spargel, die ersten Kirschen, die ersten Erdbeeren haben mußte, wurde auch in Friedenszeiten überfordert. Sobald aber die Jahreszeit der Reife den Markt massenhaft belieferte, war Obst und Gemüse kaum irgendwosonst billiger zu haben als in Berlin und in den andern gut versorgten Großstädten. Wenn jetzt unsere Feinde während der nächsten Wochen bis zur Ratifizierung des Friedens, bis zum vollzogenen Austausch der genehmigten Urkunden zwischen allen beteiligten Staaten, die Blockade noch aufrechthalten, so werden wir in dem kritischen Monat Juli, der uns von der Erntezeit trennt, weitere aufgeregte Ungeduldproben erleben. Helfen die anderthalb Milliarden, die aus dem öffentlichen Säckel für Lebensmittelbeschaffung aufgewandt werden sollen, uns wirklich einigermaßen über die schwierige Zeit hinweg, so sind sie nicht fortgeworfen.

Eine andere Frage ist die der Zwangsmaßnahmen gegen die Streiks. Der Versuch des Reichswehrministers Noske auf Grund des Belagerungszustandes gegen Streiks, die das gesamte Wirtschaftsleben zu lähmen drohen, mit Verboten und Gefängnisstrafen vorzugehen, ist ein äußerstes Notmittel, über dessen rechtmäßige Anwendung schließlich erst die Nationalversammlung zu entscheiden haben wird. Der Widerstand der Arbeiterkreise gegen jede Beschränkung des Streikrechts ist natürlich groß. Im alten Deutschen Reich war ja schon das Streikpostenverbot ein brennender Streitpunkt. Einer Volksregierung aber kann, wie man meinen sollte, die Arbeiterschaft schon eher eine Machtbefugnis gegen wilde, nicht von der Mehrheit beschlossene und nicht zunächst der Schlichtung unterbreitete Streiks übertragen, die ja nicht mehr ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse oder zur Begünstigung des Unternehmertums ist, sondern nur ein notwendiges Schutzmittel für die gesamte deutsche Volkswirtschaft liefern soll. Dennoch sehen wir, daß Noskes Verbot gegen den Streik die Arbeiterschaft erbittert und von ihr bekämpft wird. Selbst diese Wirkung müßte man vielleicht in den Kauf nehmen, wenn sich die Maßregel gegen den Streik praktisch verwirklichen ließe. Das aber bezweifeln wir. Bei Massenausständen kann man weder sämtliche Teilnehmer verhaften, noch der Rädelsführer habhaft werden, die man außerdem ja hinterher doch wieder freiläßt, weil sonst noch ausgebreitetere Unruhen drohen. Beim Einmarsch der Reichstruppen in Hamburg hat sich ein Teil der Soldaten entwaffnen lassen von der Volksmenge, weil er begreiflicherweise nicht auf Frauen und Kinder schießen mochte. Auch war ja die anfängliche Ursache des Ausbruchs der Volksleidenschaft in Hamburg, nämlich die nichtswürdige gewerbsmäßige Herstellung ungenießbarer und schädlicher Nahrungsmittel aus verdorbenen Stoffen, durchaus dazu angetan, die Truppen, die gegen die Bevölkerung einschreiten sollten, schon moralisch zu entwaffnen. Man ist in solchen Fällen eben der Sicherheitswehr nicht sicher, und diese Unsicherheit ist auch bei dem Versuch zur gewaltsamen Unterdrückung von Streikbewegungen vorhanden. „Streikbrecher" wollen die Truppen nicht sein, der alte Staat hätte es ihnen aufzwingen können, der neue nicht.

Freilich ergeben die lehrreichen Hamburger Vorgänge, daß der ursprüngliche Anlaß des Aufruhrs sofort durch einen politischen und einen verbrecherischen Einschlag verfälscht worden ist. Die Spartakisten beuteten die Verwirrung aus, um durch einen Putsch womöglich die gesamte Gewalt an sich zu bringen, und dann kam das Raubgesindel, dem Straßenkämpfe gerade recht sind, um sein Unwesen zu treiben, und plünderte die Geschäfte und die Landhäuser der wohlhabenden Bevölkerung schamlos aus. Der politische Umsturzwille und der niedrige Trieb sittlich verkommener Volksteile stürzt sich also, wie wir sehen, jedesmal sofort auf irgendwo entstehende Unruhen, um seine dunklen Pläne dabei ins Werk zu setzen. Beim Hamburger Aufruhr tauchte alsbald der Gedanke auf, die „zweite Revolution", wenn es ginge, in Schwung zu bringen, und zu dem Zwecke vor allem zunächst auch die Reichshauptstadt in den Aufstand hineinzuverwickeln, zumal der Berliner Verkehrsstreik einen günstigen Nährboden für die neue Umsturzbewegung versprach. Demgegenüber nun ist dann allerdings die Regierung genötigt, nachdrücklich und rücksichtslos einzuschreiten, soweit irgend ihre Macht reicht. In solchem Fall werden auch die Truppen den Gehorsam nicht versagen, und sie werden für Ruhe und Ordnung noch besser und ohne alles Schwanken sorgen, wenn nicht Befehle und Gegenbefehle sich aufheben.

Deutschland darf sich nicht zu seinem sonstigen Elend noch weiter innerlich zerfleischen. Aber damit wir endlich auch zum innern Frieden kommen, nachdem wir den äußern Frieden so bitter und teuer erkauft haben, ist es nötig, daß die Sucht, die „zweite Revolution" anzustiften, nachhaltig unterdrückt wird. Weder die wehleidigen Vorwürfe, noch die gewissenlosen Anschuldigungen, die von der äußersten Linken allemal erhoben werden, wenn die Gegenwehr des Reichs einsetzt, dürfen die verantwortlichen Stellen von ihrer Pflicht abhalten. Die Umstürzler werden keinen Grund haben, über Vergewaltigung zu schreien, wenn sie nicht ihrerseits stets wieder anfangen, gewaltsam und ohne Scheu vor der Blutschuld, die sie auf sich laden, den Rest von Ordnung niederzubrechen, den wir in Deutschland noch besitzen, und ohne den wir am innern Krieg zu Grunde gehen, trotz des Friedensschlusses, der uns sowieso schon beinahe in den Abgrund des Verderbens hinabstößt. Keine zweite Revolution, keine dritte und vierte, auch keine Gegenrevolution, sondern endlich einmal friedliche, ungestörte, ergiebige Arbeit, zu der sich ja immer noch die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes bekennt

P. L.

* * *

Der Friedensvertrag unterzeichnet

WTB. Versailles, 28. Juni. Der Friedensvertrag ist, wie vorgesehen, heute nachmittag um 3 Uhr im Schloß unterzeichnet worden.

WTB. **Versailles**, 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung im Spiegelsaale zu Versailles begann heute nachmittag um 3 Uhr. Nachdem sämtliche Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und zu den für sie bestimmten Plätzen geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau erhob sich und erklärte, nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, ersuche er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in loyaler Weise eingehalten werden müßten. Um 3.12 Uhr unterschrieben die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der

Friede sei geschlossen.

Er ersuche die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte, zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernten. Die Militärmission werde die deutsche Delegation in das Hotel des Reservoires zurückleiten. Die deutschen Bevollmächtigten verließen darauf als erste den Saal und begaben sich auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, sofort in das Hotel des Reservoires.

B. D. **Zürich**, 28. Juni. Um 3 Uhr 8 Min. eröffnete Clémenceau die Sitzung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages und sagte in einer Rede, die zwei Minuten dauerte, der zu unterzeichnende Text stimme genau mit dem überein, der den Deutschen in 200 Abdrücken übergeben wurde. Nun begannen die Unterzeichnungen. Die Unterzeichnenden gaben mit der Unterzeichnung das feierliche Versprechen, die mit der Unterzeichnung des Friedens übernommenen Verpflichtungen heilig und getreu zu erfüllen.

Präsident Wilson unterzeichnete 3 Uhr 14 Min. Dann folgten die übrigen amerikanischen Delegierten. Die Deutschen unterzeichneten den Frieden an erster Stelle vor allen übrigen Friedensdelegationen. Um 3 Uhr 51 Min. war der Akt der Unterzeichnung vollzogen. Gleich darauf verließen die Deutschen das Schloß.

(„L.-A.")

Lloyd Georges Stellung erschüttert?

Haag, 28. Juni. Aus allen Mitteilungen der englischen Presse gewinnt man den Eindruck, daß sich dort ein ernster parlamentarischer Konflikt zusammenzieht. Lloyd Georges Stellung ist bei allen Parteien erschüttert. Die Liberalen und Arbeiter verargen ihm sehr seine Haltung in der Friedensfrage, und auch von konservativer Seite droht ihm ernster Widerstand, wenn er mit seiner Verstaatlichung der Kohlenminen Ernst machen sollte. Schon die Vorlage über das Verkehrswesen mit ihrer Tendenz der Verstaatlichung hat bei den Konservativen ernste Widersprüche und scharfe Kritik herausgefordert. Eine ernste parlamentarische Krise wird nach Ansicht der Blätter aller Parteirichtungen für unabwendbar gehalten und die Möglichkeit, daß die Neuwahlen noch länger hinausgeschoben werden können, kaum mehr für denkbar erachtet.

* *

B. D. **Berlin**, 28. Juni. Die Rede, die der neue italienische Minister des Aeußern Tittoni im Senat gehalten hat, ist, wie der Vertreter der „Voss. Ztg." aus Rom drahtet, einem reinigenden Winde vergleichbar, der durch eine trockene und vergiftete Atmosphäre ging. Zum ersten Male seit Kriegsbeginn hat ein Staatsmann den Mut gezeigt, sich von dem Gebrauch leerer Redensarten freizumachen. Aus seinen Worten geht unleugbar hervor, daß Italien nicht demobilisieren wird, ehe seine Forderungen erfüllt sind. Von Wichtigkeit ist auch die Mitteilung Tittonis, daß gemäß den Abmachungen mit den Verbündeten Italien einen Teil der deutschen Kolonien erhalten soll.

Noch immer Furcht vor deutschem Widerstand.

WTB. **Versailles**, 28. Juni. Wie „Journal" berichtet, scheint der Viererrat zu befürchten, daß Deutschland die Ratifizierung des Friedensvertrags zu verschleppen versuchen werde. „Journal" deutet an, daß der Viererrat eine Abmachung gleichzeitig mit dem Friedensvertrag unterzeichnen lassen möchte, wonach die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages beginnen soll. Der Viererrat hofft dadurch, Deutschland zu einer beschleunigten Ratifizierung zu veranlassen. Wie die Blätter ferner berichten, bezieht sich die Abmachung über Polen, welche heute nachmittag gleichzeitig mit dem Vertrage unterzeichnet werden soll, namentlich auf den Schutz völkischer und religiöser Minderheiten in Polen durch die Gesellschaft der Nationen. Diese Abmachung, welche zwei Kapitel auf zwölf Seiten umfaßt, wird von Polen und den fünf alliierten Großmächten unterzeichnet werden.

Zum Hamburger Putsch.

nn. **Berlin**, 28. Juni. An zuständiger Stelle wird über die Lage in und vor Hamburg folgendes mitgeteilt: Gleichzeitig mit dem Auftrage an General von Lettow-Vorbeck, gegen Hamburg vorzugehen, ist das 9. Armeekorps beauftragt worden, vorläufig für Ruhe in Hamburg zu sorgen. Die in der unmittelbaren Umgebung Hamburgs liegenden schwachen Teile dieses Korps sind nun nicht von Berlin, sondern von Altona aus beauftragt worden, vorzufühlen und nötigenfalls Gewalttätigkeiten zu verhindern. Entweder haben sich diese schwachen Verbände nun zu weit vorgewagt, oder einzelne Offiziere haben geglaubt, durch einen Husarenstreich Hamburg in ihre Gewalt zu bekommen. Dabei sind einzelne Abteilungen umzingelt und entwaffnet worden. Diese ganzen Vorgänge haben mit dem Vormarsch der Truppen des Generals von Lettow-Vorbeck nichts zu tun, der, wie man hofft, in allernächster Zeit zu einem greifbaren Ergebnis führen wird. In Kreisen der Hamburger Kommunisten ist man heute nach einer Mitteilung des Senats der Meinung, daß der Versuch zur Errichtung einer Räterepublik zu früh unternommen sei, und man gibt zu, daß von Berlin aus abgewinkt worden ist. Der Senat hofft, heute zu einer Beratung zusammentreten zu können.

Die Sozialdemokratische Partei Hamburgs verlangt von der Regierung Einsetzung von Volksgerichten zur beschleunigten Aburteilung der Lebensmittelfälscher und Wucherer, Sicherstellung der Lebensmittelverteilung. Von der Arbeiterschaft verlangt sie, jede Beteiligung an bewaffneten Aufständen gegen die Regierung oder gegen die von ihr entsandte Reichswehr aufzugeben, Abgabe aller Waffen, die sich in den Händen von Zivilpersonen befinden, Nichtbefolgung aller Generalstreikparolen. Es ist nur dem Beschlusse der Parteiorganisation Folge zu leisten.

Die Zahl der Toten ist nunmehr mit 58 festgestellt. Es fehlen aber noch fünfzehn Bahrenfelder Freiwillige, so daß man annehmen muß, daß auch sie tot sind.

Plünderungen in Magdeburg.

WTB. Magdeburg, 28. Juni. Heute vormittag sind hier ernste Lebensmittelunruhen entstanden. Eingeleitet wurden sie durch Plünderungen auf dem Wochenmarkte. Die Menge versuchte dann, die Lebensmittelgeschäfte in den Straßen zu plündern, wurde aber durch das Eingreifen der Polizei und der sofort alarmierten Truppen daran gehindert. Es kam auch zu Schießereien, wobei es zwei Tote und einen Verletzten gab. Die Lage ist noch nicht geklärt, da noch weitere Zusammenstöße befürchtet werden.

*

WTB. **Breslau**, 28. Juni. Ueber den Bezirk des Generalkommandos des 6. Armeekorps wurde nachts um 1½ Uhr der Belagerungszustand verhängt.

Lewin verhaftet.

B. D. **Berlin**, 28. Juni. Die „Hamburger Nachrichten" melden aus Wiesbaden: Wie aus zuverlässiger Quelle unter Vorbehalt mitgeteilt wird, wurde der Münchener Kommunistenführer Dr. Max Lewin hier verhaftet.